

FDP Bremen · Faulenstraße 38 · 28195 Bremen

Herrn Fraktionsvorsitzenden
Christian Dürr MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Das GEG darf die Menschen nicht überfordern

Dienstag, 2. Mai 2023

Thore Schäck MdBB
Landesvorsitzender

FDP Bremen
Faulenstraße 38
28195 Bremen

E: schaeck@fdp-bremen.de
T: 0421 2227222

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dürr,
lieber Christian,

effektiver Klimaschutz gelingt nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen und nicht gegen sie. Der ursprüngliche Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes von Robert Habeck war der Versuch, Klimaschutz mit der Brechstange zu vollziehen. Der Entwurf wurde von vielen Menschen als Versuch der kalten Enteignung wahrgenommen. Ich bin den FDP-Ministern in der Bundesregierung deshalb dankbar, dass sie den Gesetzesentwurf gegen den Widerstand der Grünen entschärfen konnten. Insbesondere das Entfallen der Austauschpflicht war ein wichtiger liberaler Erfolg.

Dennoch erreichen mich die Nachrichten vieler Bürgerinnen und Bürger, die sich große Sorgen darüber machen, wie der im Kabinett beschlossene Gesetzesentwurf sie über Gebühr belastet.

1. Das Thema Technologieoffenheit kommt noch viel zu kurz. Die derzeit im Gesetz festgelegten Rahmenbedingungen sind nicht praxistauglich und marktwirtschaftlich. Wärmepumpen sind in vielen Fällen nicht die beste Technologie, gerade wenn man den Altbaubestand in den Städten betrachtet oder an eine enge Bebauung denkt, wo Wärmepumpen aufgrund ihrer Lautstärke ungeeignet sind. Da muss es Alternativen für Hausbesitzer geben.

2. Die aus dem Gesetz resultierenden Belastungen sind zu hoch und die Ausnahmeregelungen lebensfern. Statt einer Altersgrenze müsste es Ausnahmen für diejenigen geben, die entweder keine oder nur sehr teure Kredite für die Finanzierung der Maßnahmen bekommen. Viele Menschen werden bereits in ihren fünfziger Jahren Probleme bekommen, angemessene Kredite für solche Maßnahmen zu bekommen.
3. Die Förderbedingungen sind noch völlig unklar. Es muss den Menschen deutlich gemacht werden, wie viel sie selbst aufbringen müssen und mit wie viel Geld der Staat ihnen unter die Arme greifen kann. Gerade diejenigen, die viele Jahre aufs Eigenheim gespart haben, dürfen nicht unverhältnismäßig stark belastet werden.

Ich bin sehr froh, dass wir gemeinsam diese Anliegen teilen und viele Fachpolitiker der FDP bereits Änderungen im parlamentarischen Verfahren angekündigt haben. Ich möchte euch an dieser Stelle bitten, standhaft zu bleiben. Kein Mensch darf sein Haus notverkaufen müssen, weil die Sanierung ihn finanziell überfordert.

Mit freundlichen Grüßen

Thore Schäck